

Offene Forderungen zur Recyclinganlage

Die Bauschuttrecyclinganlage in Hornow wird heute erneut die Gemeindevertreter von Hornow-Wadelsdorf beschäftigen. Obgleich die Firma Neusch-TTB fürs Betreiben den Tagesdurchsatz von 800 Tonnen auf 80 bis 100 Tonnen begrenzt hat und drei Meter Schutzwall gegen Lärm und Staub an der östlichen Grundstücksgrenze errichten will, fand sich im Dezember keine Mehrheit für die Anlage.

Bürgermeisterin Antoinette Leesker (Für Hornow-Wadelsdorf) weiß: Auch wenn die Gemeindevertretung heute Abend die Genehmigung wieder nicht erteilt, wird das Okay vom Amt ersetzt werden. Sie selbst habe grundsätzlich nichts gegen die Anlage im Dorf. Aber zum Wohle der Gemeinde müsse die Lärm- und Staubbelastung durch das Landesumweltamt gemessen werden – was der Landkreis in einer Stellungnahme vom Oktober des vergangenen Jahres aber „unverhältnismäßig“ nennt. Dass eine Prüfung der Straßen der Landkreis auch nicht für erforderlich hält, überrascht sie. Die Straße sei zu DDR-Zeiten als sandgeschlämmte Schotterdecke mit einer guten Tragfähigkeit errichtet und zur Erschließung des ehemaligen LPG-Grundstückes genutzt worden. Laut Bauordnungsamt befinde sich die Asphaltdecke aus den 90er Jahren „in einem sehr guten Zustand“. Und von einer Mehrbelastung der Straße gehe die Behörde schon deshalb nicht aus, weil die Recyclinganlage nachträglich genehmigt werden soll und die Belastung schon seit Jahren anfallt. Doch Gemeindevertreter Eberhard Schwella (Brandschutz), Geschäftsführer der Anlage, und Annett Zeuner (SPD), seine Tochter, hatten im Herbst selbst auf Schäden in der Dorfstraße und im Muckrower Weg hingewiesen (RUNDSCHAU berichtete).

Es bleibe alles, wie es ist, nur eben nach den Regeln der neuen EU-Richtlinie, verspricht Eberhard Schwella. Lothar Hendrichk (SPD), Gemeindevertreter und ehemaliger Bürgermeister von Hornow-Wadelsdorf, vertraut ihm und ärgert sich über das Hin und Her seit August: „Seit 15 Jahren betreibt die Firma diese Anlage. Sie gab bisher keinen Anlass zu einer Beschwerde. Nur weil aus der bisher mobilen eine stationäre Anlage werden soll, muss das Unternehmen eine neue Genehmigung beantragen. Sowohl vom Landkreis Spree-Neiße als auch vom Umweltamt gab es diesbezüglich positive Bescheide“, sagt Hendrichk. Das Ganze werfe ein schlechtes Licht auf Hornow. „Da muss sich ein Handwerksbetrieb doch fragen, ob es überhaupt sinnvoll ist, in solch einer Gemeinde einen Betrieb zu führen. Bei einer Schließung gehen der Gemeinde Steuereinnahmen verloren, Bürger werden arbeitslos. Fischerfeste und Veranstaltungen im Schloss – organisiert vom Heimatverein – sind Höhepunkte, die Besucher anlocken. Die Gewerbetreibenden haben es dagegen nicht immer leicht“, so Hendrichk.

Egal, wie die Entscheidung heute ausfällt, werde die Gemeindevertretung an der Erfüllung ihrer Forderungen dran bleiben müssen – „im Interesse aller Bürger“, sagt die Bürgermeisterin.

Von Annett Igel